

München, 02.03.2020

SPD unterstützt Proteste des Lehrerverbands: Rechnung des Ministers geht nicht auf

Bildungspolitische Sprecherin Dr. Simone Strohmayr: Sparideen von Herrn Piazzolo lösen das Problem des Lehrkräftemangels an Grund- und Mittelschulen nicht, sondern machen alles nur noch schlimmer

Angesichts der heutigen Bilanz des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands kritisiert die BayernSPD-Landtagsfraktion erneut die Pläne des Kultusministers, das Lehrpersonal an den Grund- und Mittelschulen für die eigenen Versäumnisse büßen zu lassen. Die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion **Dr. Simone Strohmayr** betont: "Wie unsere [Anfrage](#) ergeben hat, gehen die Rechenspielerien des Ministers nicht auf. Aktuell fehlen etwa 1400 Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen. Durch seine Sparideen - wie etwa der, den Lehrkräften den früheren Einstieg in die Rente zu verbieten oder Teilzeitkräfte zu mehr Stunden zu zwingen - werden maximal 1100 neue Stellen besetzt."

Das reiche erstens hinten und vorne nicht aus und sei zweitens auch nicht ohne Risiko, erklärt Strohmayr, die auch stellvertretende Vorsitzende ihrer Fraktion ist: "Wenn die Pläne des Ministers aus welchen Gründen auch immer so nicht umgesetzt werden können, fehlen nicht nur 300, sondern noch mehr Lehrkräfte. Und, was noch gravierender ist: Durch seine Sparpläne werden auch die Studierenden oder möglichen Studierenden abgeschreckt und schwenken lieber zum Beispiel auf Gymnasiallehramt um, weil sie keine Lust haben, sich als Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer nicht nur mit weniger Gehalt, sondern jetzt auch noch mit Repressionen herumärgern zu dürfen."

Die SPD-Landtagsfraktion fordert darüber hinaus ein Gesamtkonzept, um dem Lehrkräftemangel zu beheben. "Minister Piazzolo muss endlich anfangen, das Problem ganzheitlich zu betrachten. Es muss, um den aktuellen Mangel an Lehrkräften zu überbrücken, einen Mix aus verschiedenen Maßnahmen geben. Dazu können dann auch vereinzelt mehr Stunden der Lehrkräfte gehören - aber etwa auch mehr Gehalt für die Grundschullehrerinnen und -lehrer. Das Lehrpersonal muss wertgeschätzt werden und darf nicht alleine die Versäumnisse der Staatsregierung ausbaden müssen."